

---

**Bundesfinanzverwaltung  
Chance vertan**

---

Nach Presseberichten hat der Bundesfinanzminister wegen des Widerstandes der Bundesländer den Plan aufgegeben, die Finanzverwaltung in einem eigenständigen Bundesamt zu zentralisieren. Dies verspricht wenig für den Reformeifer der Föderalismuskommission. Im Zeitalter der Globalisierung ist eine föderale Finanzverwaltung ein Anachronismus. Schon innerhalb des Bundesgebietes ist wegen der vielen über die Ländergrenzen hinweg agierenden Steuerpflichtigen ein hohes Maß an Vereinheitlichung nicht nur des Steuerrechts, sondern auch der Steuerverwaltung – von der Veranlagung bis zur Fahndung – notwendig. Diese muß in einem föderalen System durch Koordinationsmechanismen bis hin zum Aufbau von Zentralinstanzen gewährleistet sein. Für einen föderalen Wettbewerb gibt es da wenig Raum.

Im Zuge der Globalisierung sind immer mehr Unternehmen zu internationalen Steuerpflichtigen geworden. Auch wenn diese grundsätzlich weiterhin dem jeweiligen nationalen Steuerrecht unterliegen, besteht für diese wegen der Doppelbesteuerungsabkommen de facto internationales und wegen der EU-Richtlinien europäisches Steuerrecht. Dementsprechend werden grenzüberschreitende Mechanismen und Institutionen für eine einheitliche und lückenlose Steuerverwaltung und Steuerfahndung notwendig. Es wäre ein Unding, mit dieser Aufgabe die Landesregierungen statt die Bundesregierung zu betrauen.

Schließlich schafft in Deutschland das praktizierte System des Länderfinanzausgleiches Fehlanreize. Da die Bundesländer zusätzliche Steuereinnahmen bis auf einen kleinen Rest in den Länderfinanzausgleich einbringen müssen, sind sie wenig motiviert, Ressourcen in die Steuerfahndung zu stecken. hä

---

**Mitbestimmung  
Auf dem Prüfstand**

---

Wie sehr den Gewerkschaften der Wind ins Gesicht bläst, zeigt sich daran, daß die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände nun auch die Mitbestimmung zur Disposition stellen wollen, die vielfach als Kernstück des deutschen Modells der „sozialen Marktwirtschaft“ beschworen wurde. Es sind noch keine 30 Jahre her, daß die Gewerkschaften den Dialog im Rahmen der konzertierten Aktion aufkündigten, weil die Arbeitgeberverbände ihr Recht auf Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 wahrnahmen, das

den Arbeitnehmern nicht mehr ein Drittel, sondern die Hälfte der Aufsichtsratsmandate zusprach, freilich mit einem Stichentscheid der Kapitaleseite bei Stimmengleichheit.

Überlebt hat sich die Mitbestimmung über die Aufsichtsräte. Sie war von vornherein eine Mißgeburt, weil sie die Kontrollmacht der Aufsichtsräte über die Vorstände schwächte. Sie begünstigte Absprachen zwischen Kapitalvertretern und Arbeitnehmern über die jeweils interessierenden Claims, sie ermöglichte dem Vorstand, die beiden Lager gegeneinander auszuspielen, und sie schweißte die Kapitalvertreter zugunsten der Vorstände zusammen. Der Umstand, daß es nicht einmal den Gewerkschaften gelungen ist, in den EU-Mitgliedsländern Sympathie für diese Form der Mitbestimmung zu wecken, und daß nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs Unternehmen aus Partnerländern auf deutschem Boden Niederlassungen gründen können, die nicht dem deutschen Mitbestimmungsrecht unterliegen, sollte dem Gesetzgeber den Mut zur Abschaffung geben.

Dem sozialen Frieden wird dies nicht abträglich sein. Die Abschaffung der Mitbestimmung über die Aufsichtsräte würde das Augenmerk darauf konzentrieren, daß die Konflikte nicht in Verhandlungen zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit, sondern zwischen der Unternehmensleitung und dem Betriebsrat gefunden werden. Nicht das Mitbestimmungsgesetz, sondern das Betriebsverfassungsgesetz ist der relevante Focus. So wird es auch in anderen Ländern gesehen. hhh

---

**VW-Abschluß  
Einsparziel nicht erreicht**

---

Der Tarifabschluß bei VW setzt neue Zeichen und geht noch weiter als ähnliche Abschlüsse bei anderen Automobilherstellern. Die Kernpunkte sind eine Nullrunde für 28 Monate bei gleichzeitiger Jobgarantie bis zum Jahr 2011 für die 103 000 Beschäftigten in den sechs westdeutschen VW-Werken und niedrigere Einstiegsentgelte als der VW-Haustarif für neue Mitarbeiter; überdies wurden flexiblere Arbeitszeiten über längere Zeiträume hinweg vereinbart, so daß künftig kaum noch Überstundenzuschläge gezahlt werden müssen. Daß die Gewerkschaften einen derartigen Tarifabschluß akzeptierten unterstreicht, unter welchem Wettbewerbs- und Kostendruck die Automobilhersteller in Deutschland stehen und wie groß hierzulande die Gefahr für die Arbeitsplätze ist. Die Arbeitskosten an anderen VW-Standorten, etwa in den neuen EU-Ländern oder in China, sind erheblich niedriger und die

Verlagerung der Produktion neuer Modellreihen dorthin wäre kein Problem.

Mit dem Abschluß bei VW sollen bis zum Jahr 2006 jährlich 1 Mrd. Euro eingespart werden, ursprüngliches Sparziel war allerdings die Reduzierung der jährlichen Personalkosten bis 2011 um 30% bzw. 2 Mrd. Euro. Schon aus Konkurrenz- und Rentabilitätsgründen wird die VW-Führung ihr ursprüngliches Sparziel weiterverfolgen müssen. Das bedeutet, daß die jetzt vereinbarten Einschnitte erst ein Einstieg in weitergehende darstellen, die dann bei den nächsten Tarifverhandlungen 2007 anstehen. Allerdings ist dann die Verhandlungsmasse angesichts der bereits abgegebenen Beschäftigungsgarantie bis 2011 gering. Mit den Kostenentlastungen werden ohnehin nur die bestehenden VW-Arbeitsplätze in Deutschland für eine bestimmte Frist gesichert. Neue Arbeitsplätze bleiben weiterhin in den ausländischen Produktionsstätten billiger.

jh

---

### **Transatlantische Handelspolitik Hauptprobe steht noch bevor**

---

Die allgegenwärtigen Handelsstreitigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika berühren ungeachtet ihres hohen Aufmerksamkeitsgrades nur einen sehr geringen Teil des transatlantischen Waren- und Dienstleistungsverkehrs, der zu den bedeutendsten interregionalen Handelsströmen in der Weltwirtschaft zählt. Nach Aufhebung der Sanktionen gegen US-Importe, die von der EU aufgrund einer WTO-widrigen Exportförderung durch den amerikanischen Fiskus schrittweise verhängt wurden, wird der transatlantische Handel nur noch durch die Strafzölle auf europäische Produkte unmittelbar belastet, die vor über fünf Jahren wegen des EU-Einfuhrverbotes für hormonbehandeltes Rindfleisch von den USA (und Kanada) erhoben wurden. Hiervon ist aber weniger als 0,1% des gesamten US-Warenimports aus der EU betroffen. Auch in diesem Falle steht eine Beendigung der Handelssanktionen in Aussicht, nachdem die EU eine neue Hormonrichtlinie erlassen und damit anscheinend die WTO-Auflagen (insbesondere den Nachweis einer fundierten wissenschaftlichen Risikobewertung) erfüllt hat, ähnlich wie die USA die steuerliche Exportförderung beseitigt bzw. in allgemeine Steuererleichterungen für amerikanische Unternehmen umgewandelt haben.

Damit wird dem Streitschlichtungsmechanismus der WTO insgesamt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Befürchtung, daß die Erleichterung von Sanktionen in

eine Vergeltungsspirale münden würde, die den internationalen Handel in weiten Bereichen großenteils zum Erliegen brächte, hat sich nicht bewahrheitet. Indes steht die Hauptprobe noch bevor. In der wieder aufgeflamnten Auseinandersetzung um direkte und indirekte Flugzeugbausubventionen in Europa und Amerika wäre zu beweisen, daß ein tiefgreifender Abbau der Staatshilfen in diesem Sektor möglich ist. Dies wäre für die WTO ein Meisterstück.

ko

---

### **USA Schuldenabbau fraglich**

---

Für die Wiederwahl von George W. Bush haben ökonomische Themen nach Ansicht der meisten Analysten eine untergeordnete Rolle gespielt. Gänzlich überraschen sollte die Wahlentscheidung allerdings auch unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht: sein Wahlkampfversprechen von 2000, die Steuern spürbar zu senken, hatte Bush jedenfalls eingehalten, was seine Chancen auf Wiederwahl sicher nicht verschlechtert hat. Daß gleichzeitig aus den Haushaltsüberschüssen der Clinton-Jahre hohe Defizite wurden, hat das Wahlvolk offenbar nicht übel genommen, war dies doch auch am eigenen Geldbeutel nicht fühlbar.

Nachdem die zunehmende Staatsverschuldung im Wahlkampf aber sehr kontrovers thematisiert worden war, hat Bush angekündigt, er wolle die Haushaltsdefizite bis 2008 halbieren. Dabei ist er bislang konkrete Sparvorschläge schuldig geblieben. Im Gegenteil will er die Steuersenkungen, die nach bisheriger Gesetzeslage in sieben Jahren auslaufen würden, entfristen. Darüber hinaus hat er angekündigt, das Steuersystem durch eine weitreichende Änderung des Tax Code, die Schließung von Steuerschlupflöchern sowie eine Verringerung des bürokratischen Aufwands radikal umzugestalten. Gleichzeitig soll das Sozialversicherungssystem reformiert werden, insbesondere durch eine Teilprivatisierung der Rente. Auch diese Maßnahmen werden die Kosten für den Staat kräftig erhöhen.

Angesichts der Tatsache, daß die Republikaner ihre Mehrheit im Kongreß ausbauen konnten, wird Bush einen großen Teil seiner wirtschaftspolitischen Agenda sicherlich umsetzen können. Nicht nur mit Blick auf den Wahlausgang dürfte dabei eine nachhaltige Verringerung des Staatsdefizits allerdings vorerst auf der Strecke bleiben. Die Prioritäten im Weißen Haus werden vielleicht erst dann neu gesetzt werden, wenn es der Opposition gelingt, die Belastung zukünftiger Generationen für die Wähler deutlich zu machen.

cb